

## **Gruß- und Solidaritätsbotschaft**

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Freien und Hansestadt Hamburg (FHH),  
Eure Tarifverhandlungen zum TV-L gehen am 07.12.23 in die dritte Verhandlungsrunde. Am 11.10.23 haben die beteiligten Gewerkschaften Ihre Forderungen an die Arbeitgeber übermittelt.

- **10,5%, jedoch mindestens 500 € mehr Gehalt**
- **Für Nachwuchskräfte mind. 200 €**
- **sowie eine Sonderkomponente von 300 € für Angestellte der drei städtischen Bundesländer**
- **Die Laufzeit soll ein Jahr betragen.**

Das ist die gleiche Forderung wie bei den Tarifverhandlungen des öffentlichen Dienstes von Bund und Kommunen im vergangenen Frühjahr.

Wir, die Gewerkschaft der Sozialversicherung (GdS), sind als Teil des *dbb beamtenbund und tarifunion* an dieser Tarifaueinandersetzung beteiligt. Wir bekunden unseren Kolleg:innen der FHH im Jobcenter unsere Solidarität.

Berechtigt fordert Ihr seit nunmehr 18 Jahren gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit. Alle Appelle an Arbeitgeber, Politiker:innen und Institutionen blieben ungehört, bzw. wird dort die Verantwortung von einem zum anderen geschoben.

Am Ende bleiben nur Frust und die Ernüchterung darüber, dass es heute wohl niemand mehr ernsthaft interessiert, ob dieser Zustand noch einmal eine Veränderung erfährt.

### **Die einzigen, die daran etwas ändern können, seid Ihr!**

Es wird immer wieder auf die unterschiedlichen Tarifverträge verwiesen. Aber wer macht diese Tarifverträge? Die Gewerkschaften als Arbeitnehmerinteressenvertreter sind die einzige Chance, solche Tarifverhandlungsergebnisse zu erzielen, die eine schrittweise Angleichung an den Bundestarif ermöglichen. Das gelingt nur, wenn sich alle Angestellten im öffentlichen Dienst organisieren. Da haben wir auf der BA-Seite auch noch viel Luft nach oben.

**Diese Ergebnisse sind kein Automatismus und keine Gesetzmäßigkeit, auch wenn es von außen manchmal so wirkt. Im Frühjahr waren so viele Beschäftigte, wie schon lange nicht mehr, auf der Straße und haben sich am Arbeitskampf beteiligt. Wir haben das bislang beste Tarifergebnis erzielt und das war auch der regen Beteiligung an unseren Warnstreiks zu verdanken.**

Um die Gehaltsdifferenz zwischen Bund und Ländern abzubauen, die sich im Laufe der letzten Jahre aufgebaut hat, müsste das Ergebnis der jetzigen Tarifverhandlung für die Beschäftigten der Länder deutlich besser sein als das Ergebnis für die Bundesbeschäftigten.

Das gelingt nur, wenn Ihr Euch für Eure Interessen einsetzt. Werdet Gewerkschaftsmitglied und macht den Arbeitgebern Eure Sichtweise deutlich.

Geschenkt bekommt Ihr gar nichts!

Wenn es ums Geld geht, unterscheiden sich staatliche und private Arbeitgeber nicht. Gespart wird immer wieder am Personal.

Wir von der GdS wünschen Euch den nötigen Mut und das Durchhaltevermögen für einen bestmöglichen Erfolg im laufenden Arbeitskampf.

Sollte diese Solidaritätserklärung auch bei unseren BA-Kolleg:innen die Lust auf Gewerkschaft angestachelt haben, meldet Euch bei mir. Ich bin gern bereit, Euch die Notwendigkeit und die Vorteile einer Mitgliedschaft bei der GdS nahe zu bringen.

Thomas Rinza

Mitglied des Personalrates von t.a.h. für die GdS  
und Ansprechpartner in Gewerkschaftsangelegenheiten

#### Mitglied werden / Warum?

Die GdS braucht Sie!

Wir suchen Menschen mit Ideen - Ideen für die Gestaltung der Zukunft. Die GdS engagiert sich für sichere Arbeitsplätze und gleiches Entgelt für gleiche Arbeit. Gegen Arbeitgeber, die sich auf Kosten ihrer Arbeitnehmer sanieren wollen.

Für eine solche Politik benötigen wir Mitstreiterinnen und Mitstreiter. Die GdS setzt dabei auf Menschen, die nach vorne denken. Wir brauchen Sie und Ihr Interesse!

Gewerkschaft: Deshalb brauchen Sie uns!

Weil der Arbeitgeber nicht von sich aus die Gehälter erhöhen oder mehr Urlaub gewähren würde. Dazu muss verhandelt werden! Die besten Ergebnisse erzielt man dabei in einer Gemeinschaft, nicht alleine.

Weil nur Gewerkschaften Tarifverträge mit dem Arbeitgeber abschließen können und Tarifverträge die Beschäftigten besserstellen und stärker schützen als die allgemeinen Gesetze.

**Weil gleiche Arbeit auch gleich bezahlt werden muss.**

Weil die Gewerkschaft gegenüber der Politik die Interessen der Beschäftigten in der Sozialversicherung vertritt, zum Beispiel bei Reformen des Sozialsystems.